



«Empfängerhinweis»

Nr: 439

München, 22. Juli 2008

Bericht aus der Kabinettsitzung:

- 1. Ministerrat verabschiedet neues Zukunftskonzept für den Mittelstand / Beckstein: „Mit neuem Zukunftskonzept ist Bayern auch künftig Mittelstandsland Nummer 1 in Deutschland“ / Müller: „100 Zukunftsiniciativen für den Mittelstand / Bayern geht es besser, weil wir auf einen starken Mittelstand mit vielen Familienunternehmen bauen“ (Seite 2)**
- 2. Bayern stellt die Weichen für ein zukunftsorientiertes Standortmarketing / Organisation und Finanzierung von ‚Invest in Bavaria‘ ab 2010 auf neuer Grundlage / Müller: „Wir wollen den Vorsprung Bayerns im Rennen um Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen sichern“ (Seite 6)**
- 3. Staatsregierung treibt Profilierung Bayerns als international bedeutendes Zentrum für Design voran / Wirtschaftsministerin Müller: „Ziel ist es, bayerische Unternehmen dabei zu unterstützen, sich mit Design Wettbewerbsvorteile und zusätzliche Wachstumspotentiale zu erschließen“ / 3 Millionen Euro aus Innovationsoffensive „BayernFIT“ für Zentrum für Industriedesign in Coburg (Seite 7)**
- 4. Kabinett beschließt Erhöhung der globalen Staatsgarantie zugunsten der Bayerischen Garantiesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen (BGG) / Finanzminister Erwin Huber: „Bessere Eigenkapitalausstattung fördert Wettbewerbsfähigkeit unserer kleinen und mittleren Unternehmen“ (Seite 9)**
- 5. Freistaat stellt Weichen für Nutzung der „Leighton Barracks“ durch die Universität Würzburg / Ministerpräsident Beckstein: „Kraftvoller Impuls für Wissenschafts- und Forschungsregion Unterfranken“ / Wissenschaftsminister Goppel: „Ideale Erweiterungsfläche und historische Chance für die Universität Würzburg“ / Staatskanzleichef Sinner: „24 Millionen Euro aus BayernFIT gut angelegt“ (Seite 10)**
- 6. Bayern macht mit Bundesratsinitiative Druck für besseren Schutz des geistigen Eigentums / Wirtschaftsministerin Müller: „Produktpiraterie kann nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden“ / Europaminister Söder: „Initiative Bayerns wichtiger Impuls zum weltweiten Schutz des geistigen Eigentums durch Europa“ (Seite 13)**
- 7. Körner wird neuer Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz (Seite 15)**

./.

1. Ministerrat verabschiedet neues Zukunftskonzept für den Mittelstand / Beckstein: „Mit neuem Zukunftskonzept ist Bayern auch künftig Mittelstandsland Nummer 1 in Deutschland“ / Müller: „100 Zukunftsinitiativen für den Mittelstand / Bayern geht es besser, weil wir auf einen starken Mittelstand mit vielen Familienunternehmen bauen“

Bayern hat heute ein neues Zukunftskonzept für den Mittelstand in Bayern verabschiedet. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: „Mit dem neuen Programm ‚Zukunft Mittelstand – Menschen, Märkte, Möglichkeiten‘ haben wir die Mittelstandspolitik in Bayern auf ein starkes, zukunftsfähiges Fundament gestellt. Mit rund 100 Maßnahmen und Initiativen werden wir mittelständischen Unternehmen, Selbständigen und Angehörigen der Freien Berufe in Bayern verstärkt Chancen in Wettbewerb und Wandel eröffnen.“ Beckstein unterstrich die enorme Bedeutung und ganz besondere Rolle des bayerischen Mittelstands für Wohlstand, Beschäftigung und soziale Stärke im Freistaat. Beckstein: „Während Großunternehmen in den letzten Jahren die Beschäftigung nur leicht steigern konnten, eilen bayerische Mittelständler in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe und im Handwerk von Beschäftigungsrekord zu Beschäftigungsrekord. Für den Mittelstand ist Standorttreue nicht Fremdwort oder Last, sondern Programm. Viele mittelständische Unternehmen sind in ihrer jeweiligen Region tief verwurzelt, engagieren sich in Gemeinden und Städten, stärken den lokalen Arbeitsmarkt und sind gleichwohl auf den Märkten dieser Welt zuhause. Es ist deshalb nicht nur wirtschaftspolitische Überzeugung, sondern pure Notwendigkeit, dass in Bayern der Mittelstand im absoluten Zentrum der Wirtschaftspolitik steht. Und das haben wir heute mit unseren neuen Bayerischen Mittelstandskonzept ‚Zukunft Mittelstand – Menschen, Märkte, Möglichkeiten‘ unterstrichen.“ In Bayern gibt es, so Beckstein, über 60.000 Betriebe mehr als noch vor fünf Jahren. Beckstein: „Mit dem Konzept ‚Zukunft Mittelstand‘ legen wir

jetzt den Grundstein dafür, dass der Freistaat auch künftig das Mittelstandsland Nummer 1 in Deutschland bleibt.“

Grundlage der Konzeption ist nach den Worten Becksteins die Erkenntnis, dass nicht staatliche Förderprogramme, sondern Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft kennzeichnend für die großartigen Erfolge mittelständischer Unternehmen in Bayern sind. Beckstein: „Das bedeutet, dass wir kontinuierlich dafür sorgen müssen, dass die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln und Entscheiden in Bayern gut gestellt sind. Dafür kämpfen wir in Berlin und Brüssel. Besonders wichtig sind hier die Themen Bürokratieabbau und Entlastung des Mittelstandes von Steuern und Abgaben sowie eine mittelstandsfreundliche Neuordnung des Vergaberechts.“

Besondere Schwerpunkte im Förderteil des Mittelstandskonzepts setzt die Staatsregierung nach den Worten von Wirtschaftsministerin Emilia Müller auf die Stärkung der Innovationskraft des Mittelstandes, auf weiter verbesserte Finanzierungsbedingungen, auf die Unterstützung auf Auslandsmärkten, die Forcierung von Netzwerken und Kooperationen sowie auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Als eine zentrale Maßnahme gerade auch für den Mittelstand nannte die Ministerin die Initiative ‚BayernFIT – Forschung, Innovation, Technologie‘: „Bayern FIT dient gerade auch dazu, die Innovationskraft des Mittelstands zu stärken. So wird die BayernFIT GmbH als ‚One-Stop-Agency‘ die Forschungs- und Technologieförderung effizient betreuen und abwickeln.“ Die Innovationskraft der kleinen Unternehmen insbesondere im Handwerk werde zudem durch die Einführung von Innovationsgutscheinen – einem völlig neuen Instrument - gezielt gestärkt. Kleinbetriebe können den Gutschein bei anerkannten Forschungseinrichtungen einlösen, mit denen sie gemeinsam Entwicklungsvorhaben durchführen.

Weitere wichtige Maßnahmen sind laut Ministerin Müller die Zinssenkung im Bayerischen Mittelstandskreditprogramm zum 24. Juli 2008 um 0,5 Prozentpunkte und das neue Nachrangdarlehen für innovative Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen. „Wir werden damit die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand in Bayern noch einmal deutlich verbessern. Unternehmer brauchen gute Bedingungen für neue Investitionen, um innovative Produkte auf den Weg zu bringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen“, so die Ministerin. Zusätzlich sei geplant, das Messebeteiligungsprogramm noch attraktiver auszugestalten und das Netz der bayerischen Auslandsrepräsentanten weiter auszubauen. Die Clusterinitiative werde man mit rund 100 Millionen Euro aus dem Programm Bayern 2020 unterstützen. Um dem steigenden Fachkräftebedarf des Mittelstandes Rechnung zu tragen, würden die Investitionen im Bereich der beruflichen Bildung verstärkt. Müller: „Wir werden neue Wege gehen, damit gerade mittelständische Unternehmen auch in Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte finden können. Wir wollen die Investitionen in Berufsbildung stärken und die Maßnahmen zur beruflichen Bildung im Handwerk und im IHK-Bereich weiter intensivieren. Wir wollen junge Menschen noch frühzeitiger fördern – insbesondere auch Mädchen für technisch-naturwissenschaftliche Berufe begeistern.“ Zusätzlich werde sich Bayern für weitere Erleichterungen beim Zuzug ausländischer Spitzenfachkräfte einsetzen.

Müller nutzte die Vorlage des neuen Mittelstandskonzepts auch für eine wirtschaftspolitische Bilanz der letzten fünf Jahre. Müller: „Bayern steht wirtschaftlich so gut da wie lange nicht. Weil der Freistaat das wirtschaftlich stärkste Bundesland ist, geht es den Menschen hier besser. Bayern geht es besser, weil wir auf einen starken Mittelstand mit vielen Familienunternehmen bauen. Der Mittelstand schafft die meisten Arbeitsplätze“. Bayern hat, so Müller, die höchste Selbständigenquote aller Flächenländer und die höchste Gründerdynamik. Die bayerische Wirtschaft steigerte ihre Leistung seit

1997 um 30 Prozent. Das war mit Abstand das höchste Wachstum aller Länder und doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Müller: „Der überdurchschnittliche Erfolg bayerischer Unternehmer bedeutet für unsere Bürgerinnen und Bürger weniger Arbeitslosigkeit, mehr Beschäftigung und höhere Einkommen“. Seit 1997 sind in Bayern 243.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Müller betonte, dass kein anderes Land es auch nur annähernd schaffte, vergleichbar viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. „Bayern hat seit 2005 die Arbeitslosigkeit halbiert. Seit Juni 2008 hat der Freistaat die niedrigste Arbeitslosenrate Deutschlands. Auch in den strukturschwächeren Regionen ist die Arbeitslosigkeit in großen Schritten auf dem Rückzug. In immer mehr Regionen Bayerns herrscht praktisch Vollbeschäftigung“, so die Wirtschaftsministerin. Müller betonte weiter: „Bayern geht es besser, weil Bayern stark ist in Stadt und Land“. 2006 kamen von den 20 Kreisen und Städten mit dem stärksten Wachstum 14 aus dem ländlichen Raum. Dazu gehörten Landshut, Straubing-Bogen, Aichach-Friedberg, Altötting, Stadt Kempten, Stadt Coburg, Neumarkt i. d. Oberpfalz, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Kitzingen, Oberallgäu, Cham, Kronach, Schweinfurt und Bamberg. Die Wirtschaftsministerin hob hervor: „Der ländliche Raum holt auf. Dabei sind Investitionen der entscheidende Schlüssel. Es geht darum, Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen. Wer gute Arbeit findet, bleibt seiner Heimat treu“. Müller betonte: „Diese Erfolge hätten wir mit einer Politik, die nur auf Umverteilung und auf mehr Staat setzt, niemals erreicht“. Die Wirtschaftsministerin warnte vor einer flächendeckenden Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne: „Mindestlöhne setzen die Beschäftigungserfolge aufs Spiel. Der Mindestlohnkompromiss der Bundesregierung ist die äußerste Grenze des Tragbaren. Jetzt geht es darum, branchenspezifische Mindestlöhne auf wenige Branchen zu begrenzen. Wir müssen in jedem Einzelfall prüfen, ob Mindestlöhne notwendig und angemessen sind. So gibt es keinen Grund für Mindestlöhne bei der Zeitarbeit. Hier haben wir eine Tarifbindung von fast 100 Prozent. Und Tariflöhne sind faktisch Mindestlöhne.“

Müller unterstrich: „Es gibt keine Alternative zur bayerischen Politik, Leistung zu belohnen, Investitionen zu fördern und Innovationen zu ermutigen. Damit sind wir bisher gut gefahren. Nur damit wird es auch in Zukunft den Menschen in Bayern besser gehen“.

2. Bayern stellt die Weichen für ein zukunftsorientiertes Standortmarketing / Organisation und Finanzierung von ‚Invest in Bavaria‘ ab 2010 auf neuer Grundlage / Müller: „Wir wollen den Vorsprung Bayerns im Rennen um Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen sichern“

Bayern will Ansiedlung und Betreuung von Investoren und ausländischen Unternehmen weiter stärken und baut dafür sein Standortmarketing ‚Invest in Bavaria‘ aus. Der Ministerrat hat dazu heute ein umfassendes Konzept zur strategischen Ausrichtung von ‚Invest in Bavaria‘ beschlossen. „Wir wollen den Vorsprung Bayerns im Rennen um Unternehmensansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen sichern. Mit der Neuausrichtung von ‚Invest in Bavaria‘ intensivieren wir Investorenakquise und -betreuung. Das ist wichtige Voraussetzung für die Sicherung vorhandener und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Freistaat“, machte Wirtschaftsministerin Emilia Müller deutlich.

Müller unterstrich die bisherigen Erfolge von ‚Invest in Bavaria‘ bei der Ansiedlung internationaler Unternehmen in Bayern. Seit 1999 wurden auf der Basis eines integrierten Gesamtkonzepts aus professionellem Marketing, zielgerichteter Investorenansprache und einem individuell zugeschnittenen Service für Unternehmen über 700 Investitionsvorhaben erfolgreich begleitet. Dadurch wurden mehr als 25.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Von der Arbeit von ‚Invest in Bavaria‘ haben alle Landesteile des Freistaats profitiert; 45 % der Investitions-vorhaben und 50 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze entfielen dabei auf den ländlichen Raum. Müller betonte: „Der Freistaat

ist ein attraktiver Investitionsstandort. Bayern konnte seine Position als Headquarter namhafter internationaler Konzerne weiter ausbauen und ist inzwischen Sitz von neun der insgesamt 30 DAX-Unternehmen.“

„Invest in Bavaria“ ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Wirtschaftsministerium und der Bayern International GmbH, das alle Marketing- und Ansiedlungsaktivitäten für alle Wirtschaftsbereiche zusammenführt.

Die zukünftige Strategie zielt mehr denn je darauf ab, die international anerkannte Marke „Bayern“ zu positionieren und Bayern als hochattraktiven Wirtschaftsstandort zu profilieren. Müller: „Bayern soll als unverwechselbarer, dynamischer, innovativer und sympathischer Spitzenstandort herausgestellt werden.“ Dabei setzt „Invest in Bavaria“ auf die regionale Vielfalt als besondere Stärke Bayerns und wird das Marketing noch mehr auf die individuellen Bedürfnisse der Kunden aus den jeweiligen Zielländern und Zielbranchen ausrichten. Invest in Bavaria war eine Initiative der High-Tech-Offensive, die ab 2010 in eine dauerhafte Haushaltsfinanzierung überführt wird, weil sie sich außerordentlich bewährt hat.

3. Staatsregierung treibt Profilierung Bayerns als international bedeutendes Zentrum für Design voran / Wirtschaftsministerin Müller: „Ziel ist es, bayerische Unternehmen dabei zu unterstützen, sich mit Design Wettbewerbsvorteile und zusätzliche Wachstumspotentiale zu erschließen“ / 3 Millionen Euro aus Innovationsoffensive „BayernFIT“ für Zentrum für Industriedesign in Coburg

Die Staatsregierung will das Profil Bayerns als international bedeutendes Zentrum für Design schärfen. Dazu sollen nach den Worten von Wirtschaftsministerin Emilia Müller die Designkompetenz kleiner rund mittlerer Unternehmen gesteigert, der Designstandort Bayern strukturell weiterentwickelt und die in Bayern ansässige

Designer- und Nachwuchsförderung gestärkt werden. Müller hob in der Kabinettsitzung die wachsende Bedeutung des Designs auch für den Standort Bayern hervor: „Design wird heute immer wichtiger für den Erfolg im weltweiten Wettbewerb. Für den Großteil aller Unternehmen und Branchen ist Design zu einem entscheidenden wirtschaftlichen Erfolgsfaktor geworden. Design und Innovation sind untrennbar miteinander verbunden. Die innovative Idee und die technische Wertigkeit eines Produktes müssen durch ein ansprechendes und funktionelles Design mit dem Ziel vermittelt werden, den Käufer in seiner Kaufentscheidung positiv zu beeinflussen.“ Selbst in bislang eher designfernen Branchen wie etwa der mittelständischen Industriegüterindustrie wird nach den Worten der Wirtschaftsministerin Design für eine konsequente Qualitäts-, Preis- und Markenstrategie immer wichtiger.

Um der ständig wachsenden Bedeutung des Themas Rechnung zu tragen, wird der Designförderung in Bayern in Zukunft verstärkt vorangetrieben. Müller: „Die Designförderung muss einen starken Wirtschafts- und Technologiebezug besitzen und damit einen elementaren Beitrag zu einer verstärkten Anwendung des Designs in mittelständischen Unternehmen leisten. Unser Ziel ist es, bayerische Unternehmen dabei zu unterstützen, sich mit Design Wettbewerbsvorteile auf den Märkten zu verschaffen und zusätzliche Wachstumspotentiale zu erschließen.“

Weiteres Ziel ist es nach den Angaben Müllers, die Kompetenzen des Standorts für Fachwelt und Öffentlichkeit national und international noch sichtbarer zu machen. „Bereits 1997 hat der Freistaat die bayerische Design-Initiative als gemeinsame Aktion von Forschung, Unternehmen und Politik gestartet. Wir wollen die internationale Strahlkraft Bayerns als wirtschaftsstarkes und kulturell bedeutendes Zentrum auch auf dem Gebiet des Designs weiter ausbauen. So investieren wir etwa im Rahmen unserer Innovationsoffensive ‚Bayern FIT‘ 3 Millionen Euro in

Coburg, um den Standort zu einem bayerischen Zentrum für Industriedesign auszubauen“, so die Wirtschaftsministerin.

4. Kabinett beschließt Erhöhung der globalen Staatsgarantie zugunsten der Bayerischen Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen (BGG) / Finanzminister Erwin Huber: „Bessere Eigenkapitalausstattung fördert Wettbewerbsfähigkeit unserer kleinen und mittleren Unternehmen“

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung der Erhöhung der globalen staatlichen Rückgarantie gegenüber der Bayerischen Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen um 22 Millionen Euro auf über 110 Millionen Euro zugestimmt. Die Bayerische Garantiegesellschaft (BGG) ist eine Selbsthilfeeinrichtung der gewerblichen Wirtschaft zur Erhaltung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen in Bayern. Ziel der Gesellschaft ist es, im Rahmen der Wirtschaftsförderung die Eigenkapitalbasis der mittelständischen Unternehmen in Bayern zu verbessern. Dazu trägt die BGG teilweise das Risiko aus Beteiligungen privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften an mittelständischen Unternehmen. Unternehmensbeteiligungen können zur notwendigen Stärkung des Eigenkapitals beitragen und für eine solide Eigenkapitalbasis bei den Beteiligungsunternehmen sorgen. Finanzminister Erwin Huber betonte: „Ob bei der Gründung eines Unternehmens zur Sicherung einer selbständigen Existenz oder bei Investitionen in das Wachstum eines etablierten Unternehmens: Eigenkapital verschafft Bewegungsspielräume. Vor allem bei der Kapitalbeschaffung zu akzeptablen Bedingungen haben Eigenmittel seit Basel II zunehmende Bedeutung. Die Eigenkapitalquote der mittelständischen Unternehmen in Deutschland ist im internationalen Vergleich aber traditionell gering. Mit der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung durch Ausweitung der staatlichen Rückgarantie

fördern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen im weltweiten Wettbewerb.“

Die Rückgarantien der Bayerischen Garantiegesellschaft sind nach den Worten Hubers ein unverzichtbares Instrument der Mittelstandsfinanzierung. Zur Herstellung von Chancengleichheit erfolgt eine Förderung insbesondere dann, wenn eine Beteiligung ohne die Garantie nicht oder nicht zu angemessenen Bedingungen zustande käme. Die Gesellschaft begleitet so Investitionen unter anderem bei Existenzgründungen, Innovationen, Betriebserweiterungen, Rationalisierungen und Betriebsübernahmen. Die Bayerische Garantiegesellschaft ermöglicht seit mehr als 35 Jahren die Beteiligung privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften an kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern, indem sie für diese Unternehmen Garantien von bis zu 70 Prozent gegenüber den privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften übernimmt. Im Jahr 2007 wurden Garantien mit einem Garantievolumen von 27,4 Millionen Euro bewilligt. So wurden Unternehmensbeteiligungen im Umfang von 51,7 Millionen Euro für Existenzgründungen und Wachstumsinvestitionen möglich gemacht. Derzeit hat die BGG Beteiligungsgarantien für rund 550 bayerische Unternehmen im Bestand. Damit leistet die Gesellschaft auch 2008 einen wichtigen Beitrag zum Wachstum der bayerischen Wirtschaft und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Bayern.

- 5. Freistaat stellt Weichen für Nutzung der „Leighton Barracks“ durch die Universität Würzburg / Ministerpräsident Beckstein: „Kraftvoller Impuls für Wissenschafts- und Forschungsregion Unterfranken“ / Wissenschaftsminister Goppel: „Ideale Erweiterungsfläche und historische Chance für die Universität Würzburg“ / Staatskanzleichef Sinner: „24 Millionen Euro aus BayernFIT gut angelegt“**

Das bayerische Kabinett hat heute die Weichen für die Nutzung des Geländes der sogenannten Leighton Barracks durch die Universität Würzburg gestellt. Der Freistaat plant den Erwerb einer Teilfläche von bis zu 39 ha des Geländes, das sich derzeit noch im Besitz der US-Streitkräfte befindet. Zudem gab das Kabinett heute grünes Licht für den konkreten Beginn der Bauplanung für Phase 1, in der die Universität bis 2011 rund 10.000 qm Hauptnutzfläche zur Schaffung von zusätzlichen räumlichen Kapazitäten benötigt. Diese Fläche soll mit bestehenden, an Hochschulzwecke angepassten Gebäuden gedeckt werden. „Mit dieser Entscheidung hat die Staatsregierung einen kraftvollen Impuls für die Wissenschafts- und Forschungsregion Unterfranken gesetzt“, betonte Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein.

Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel bezeichnete das in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hochschulgelände „Am Hubland“ gelegene Leighton-Areal als „ideale Erweiterungsfläche und historische Chance für die Universität Würzburg“. Goppel: „Das Gelände bietet für die Hochschule hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten gerade mit Blick auf die steigenden Studierendenzahlen und den doppelten Abiturjahrgang. Mit den bereits bestehenden Gebäuden auf dem Gelände kann die Universität bis Sommer 2011 für den erwarteten Studentenansturm fit gemacht werden. Auch mittel- und langfristig sind die Entwicklungsperspektiven der Universität Würzburg auf dem Leighton-Areal hervorragend.“

Staatskanzleichef Eberhard Sinner betonte, dass die Staatsregierung in intensiven jahrelangen Verhandlungen alles getan hat, um die Leighton Barracks als Erweiterungsgelände für die Universität Würzburg zu sichern. Sinner: „Wir wollen die Universität Würzburg langfristig zu einer internationalen Elite-Universität ausbauen. Mit den 24 Millionen Euro aus unserem Innovationsprogramm BayernFIT für den Ausbau der Universität und den heutigen Weichenstellungen zeigt die Staatsregierung einmal mehr, dass für sie die gute Entwicklung

Unterfrankens höchste Priorität hat. Jetzt kommt es darauf an, die Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zügig zu einem guten Ende zu führen.“

In weiteren Phasen sollen nach dem Konzept der Universität Würzburg ab 2012 schrittweise zusätzliche Flächen auf dem Leighton-Areal für eine langfristige Ausbauplanung verfügbar gemacht werden. Damit sollen vor allem bislang an verschiedenen Orten befindliche universitäre Einrichtungen zusammengeführt und ausgebaut werden. Die heutige Entscheidung des Kabinetts schafft nach den Worten von Goppel die Voraussetzungen dafür, dass die Universität Würzburg zu einer führenden Campus-Universität ausgebaut werden kann. Künftig sollen Lehr- und Forschungseinrichtungen, Wohnraum für Lehrende und Studierende sowie universitätsnahe Infrastruktureinrichtungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen oder Sportplätze in unmittelbarer räumlicher Nähe zusammengefasst werden.

Durch den geplanten Abzug der US-Streitkräfte wird das gesamte Areal der Leighton Barracks in Würzburg frei. Mit der Bundesimmobilienagentur, in deren Eigentum das Gelände nach Abzug der US-Streitkräfte fällt, soll der Kaufvertrag über eine Fläche von bis zu 39 ha dann geschlossen werden, sobald die Stadt Würzburg das nötige Baurecht ausgewiesen hat, die Altlastenuntersuchung abgeschlossen ist und die darauf basierende Wertermittlung vorliegt. „Die Beratungen der letzten Monate haben gezeigt: Die Beteiligten - Freistaat Bayern, Hochschule und Stadt - sind sich einig und ziehen an einem Strang“, so Goppel. „Deshalb können wir Detailfragen parallel bearbeiten und bereits jetzt mit der Bauplanung beginnen, um den rechtzeitigen Baubeginn spätestens Anfang 2010 zu ermöglichen und bis Sommer 2011 fertig zu werden.“ An der Hochschule studieren laut Goppel derzeit knapp 20.000 junge Menschen. Im Zuge der Ausbauplanung sollen weitere 3.285 Studienplätze entstehen. An der Umsetzung des Projekts sind Staatskanzlei, Finanz- und Wissenschaftsministerium, Oberste

Baubehörde, die Stadt Würzburg, die Regierung von Unterfranken, das Staatliche Bauamt Würzburg, die Regionalvertretung der Immobilien Freistaat Bayern und die Universität Würzburg beteiligt.

6. Bayern macht mit Bundesratsinitiative Druck für besseren Schutz des geistigen Eigentums / Wirtschaftsministerin Müller: „Produktpiraterie kann nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden“ / Europaminister Söder: „Initiative Bayerns wichtiger Impuls zum weltweiten Schutz des geistigen Eigentums durch Europa“

Bayern macht mit einer Bundesratsentschließung Druck beim Kampf gegen Produktpiraterie. „Der internationale Handel mit gefälschten Markenprodukten hat in den letzten Jahren dramatische Ausmaße angenommen. Produktnachahmung und -piraterie sind ein globales Phänomen, das nur im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gelöst werden kann. Hier kann kein europäischer Staat seine Interessen allein wirksam vertreten“, betonte heute Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller im Ministerrat. Daher richte sich die Bundesratsentschließung zum verbesserten Schutz geistigen Eigentums mit ihren Forderungen an die Europäische Union. Müller: „Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden einen wesentlichen Beitrag zum Kampf gegen die Produktnachahmung und -piraterie leisten. Europa muss dafür sorgen, dass die Kreativität seiner Unternehmen weltweit besser geschützt wird. Dazu gehört für mich vor allem die bessere Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums.“

Nach den Worten von Europaminister Dr. Markus Söder ist die Bekämpfung von Produktpiraterie neben der Energiepolitik und dem Klimaschutz ein klassisches Thema, wo eindeutig mehr Europa nötig ist. Söder: „Marken- und Produktpiraterie sind kein Kavaliersdelikt. Ideenklau vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Beim Schutz des geistigen Eigentums muss Europa

seine Kräfte bündeln und neue Wege gehen. Bayern setzt dafür mit seiner Bundesratsinitiative einen wichtigen Impuls, der ein schnelleres, der Dringlichkeit des Problems angemessenes Vorgehen erlaubt.“

Die geplante Bundesratsentschließung enthält nach den Worten von Wirtschaftsministerin Müller drei Hauptforderungen an die EU:

1. Verstärkte Nutzung von bilateralen Freihandelsabkommen der EU zur Durchsetzung von Mindeststandards zum Schutz geistigen Eigentums und ihrer effektiven Anwendung. Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da sich die Durchsetzung geistiger Schutzrechte in multilateralen Abkommen als zu langwierig und schwerfällig erwiesen hat.
2. Einrichtung eines Koordinators für geistiges Eigentum in der EU: In der EU sind mehrere unterschiedliche Generaldirektionen für den Schutz des geistigen Eigentums zuständig. Diese Zuständigkeiten sollten horizontal bestmöglich integriert, zumindest aber koordiniert werden, um eine einheitliche Strategie der EU zu gewährleisten.
3. Stärkere Bewusstseinsbildung für die Werte des geistigen Eigentums: Es müssen in Europa alle Anstrengungen unternommen werden, durch eine umfassende Erziehung und Sensibilisierung ein stärkeres Bewusstsein für den Schutz geistiger Schöpfungen heranzubilden. Durch Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit kann die Politik hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Laut Europaminister Söder hat die Staatsregierung den Schutz des geistigen Eigentums bereits frühzeitig thematisiert und die Öffentlichkeit durch verschiedene Veranstaltungen für die unsozialen Folgen von Marken- und Produktpiraterie sensibilisiert. So habe die Staatsregierung mit einem hochkarätig besetzten internationalen Kongress im Februar in München sowie Veranstaltungen in der Bayerischen Vertretung in Brüssel unter anderem zum Schutz der Marke „Bayern“ gezeigt, dass Bayern den Interessen von Wirtschaft und Verbrauchern offensiv

Rechnung trägt. Söder kündigte an, dass die Staatsregierung im Dezember 2008 zu diesem Thema eine weitere große Veranstaltung mit der GEMA in Brüssel durchführen wird.

7. Körner wird neuer Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

Neuer Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz wird Dr. Burkhard Körner. Der Ministerialrat leitet das Sachgebiet "Haushaltsführung, Ausrüstung und Versorgung der Polizei" im Innenministerium und ist gleichzeitig stellvertretender Leiter der Polizeiabteilung. Begonnen hat er seine Laufbahn als Richter beim Verwaltungsgericht München. Es folgten Stationen im Innenministerium und im Polizeipräsidium München und bei der Polizeidirektion Straubing.

gez.
Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++